



ZUM INNEREN LEBEN

Die ganze Welt

Mitten in den Zeiten der Züchtigung will die ganze Fülle des Heiligen Geistes zur Entfaltung und zur Reife kommen. Und wir wollen ihr in uns vollen Raum geben, um Gottes willen, um der Menschen willen und um unseretwillen.

Die ganze Welt Gottes, des lieben Vaters, will in uns geboren werden, wachsen und reifen. Liebe – wo nur Misstrauen und Feindschaft herrscht; Freude – statt Verbitterung und Schmerz; Friede – mitten in innerem und äußerem Streit; Geduld – wo Ungeduld uns zu überwältigen droht; Freundlichkeit – wo nur rohe und harte Worte sich Geltung zu verschaffen scheinen; Gültigkeit – wo Verstehen und Mitgefühl als Schwäche gelten; Glaube, das heißt hier Treue – wo lange Trennungen und große Veränderungen aller Verhältnisse auch das Beständige ins Wanken bringen wollen; Sanftmut – wo Rücksichtslosigkeit und Eigensucht allein zum Ziel zu führen scheinen; Keuschheit – wo kurzer Lebensgenuss das einzig Sinnvolle zu sein scheint und alle Bindungen sich lösen wollen.

Dietrich Bonhoeffer (1906–1945) in: „Gott ist bei uns“, hg. von Klaus Koziol (Topos plus, Kevelaer 2016)

Einer für alle

Gott ist nicht katholisch, Gott ist nicht evangelisch, Gott ist nicht orthodox. Gott ist nicht einmal christlich. Gott ist nicht jüdisch, Gott ist nicht muslimisch. Gott ist nicht buddhistisch. Gott ist nicht der Gott dieser oder jener Religion, Gott ist Gott.

Gott ist der Gott und Vater aller Menschen. Gott will die Rettung aller Menschen (1 Tim 2,3f). Gott sorgt sich um alle Menschen. Gott liebt alle Menschen. Gott ist Gott für alle. Er ist unser guter Vater. Wir alle sind seine Geschöpfe, Kinder dieser Erde.
Heinrich Mussinghoff aus: „Gottesflüsterer“ (Echter, Würzburg 2015)

Ich vor dir

Zeige mir, dass alle meine Sehnsüchte von keinem Menschen und von keiner äußeren Befriedigung gestillt werden können, sondern allein von dir. Weite mein Herz, dass es dich aufnehmen kann, und führe mich in eine tiefe Stille, in der ich dich erahne auf dem Grund meines Herzens.

Wenn ich dich in mir spüre, dann wird Advent in mir sein, dann bist du angekommen in meinem Herzen. Dann fallen all die Äußerlichkeiten ab, und ich spüre, wer ich vor dir bin.
Anselm Grün in: „Heilsame Worte“ (Herder, Freiburg 2016)

Frieden ohne Vertrauen

Kolumbien ist geprägt von *Violencia*, struktureller Gewalt. Werden sich Guerilleros, Paramilitärs und Drogenbosse an den nun geschlossenen Friedensvertrag halten?

Von Alexandra Endres

Am Abend des 2. Oktober kam Claudia Castillos Angst zurück. Stunden zuvor hatte sie noch für den Friedensvertrag von kolumbianischer Regierung und Farc-Guerilla gestimmt, und die Aussicht auf einen baldigen Frieden hatte sie in Euphorie versetzt. Doch dann zeichnete sich ab, dass ihre Landsleute das Abkommen mehrheitlich ablehnen würden. Sofort war Castillos alte Furcht wieder da. Die Furcht vor dem Bürgerkrieg.

Castillo weiß, was Krieg bedeutet. Der Konflikt begleitet sie schon ihr ganzes Leben lang. Die 42-jährige Umweltschützerin lebt in Puerto Asís, der Hauptstadt des Putumayo, eines Departements in Kolumbiens Südwesten; dort, wo die Asphaltstraße am Flussufer zu Ende ist, wo Reisende nur noch per Boot oder Flugzeug weiterkommen, wo die Wälder dicht sind und die Grenze zu Ecuador nicht weit ist, aber die kolumbianische Hauptstadt Bogotá umso ferner. Wo die illegale Wirtschaft blüht, der Drogenschmuggel zu den wichtigsten Branchen gehört und illegale bewaffnete Gruppen vielerorts die stärkste Ordnungsmacht sind.

In den schlimmsten Jahren des Krieges sah Castillo die Toten am Wegrand liegen, wenn sie für ihre Arbeit hinaus aufs Land fuhr. Sie fuhr oft aufs Land. Claudia Castillo arbeitet für den Verband der Viehzüchter von Puerto Asís. Sie kämpft gegen die Abholzung des Regenwaldes und versucht, die Bauern von Ackerbau- und Weideformen zu überzeugen, die der Vegetation möglichst wenig schaden. Sie liebt die Natur, den Wald, den Putumayo-Fluss. Einmal wurde sie von der Guerilla entführt, als sie mit ihrer gerade acht Monate alten Tochter – die heute studiert – in einem Dorf zu Besuch war. Später setzten die Bewaffneten sie mitten im Dschungel aus. Sie hatte Glück, dass sie gefunden wurde. Einmal wurde ein Mitarbeiter ermordet, den sie gerade in einer Siedlung zurückgelassen hatte, im guten Glauben, er sei dort sicher.

Statt des „Si“ kam das „No“

Trotz der Gewalt, die sie erlebt hat, sagt sie heute: „Wir hatten Glück. Unsere Familie ist noch komplett.“ Viele andere Familien im Putumayo können das nicht von sich behaupten.

Nachdem das „No“ gewonnen hatte, habe eine Gruppe von fünfzehn Bauern sie aufgesucht, um sich über Düngemethoden zu informieren, erzählt Castillo. „Es war ungewöhnlich. Sie kamen zu mir nach Hause, obwohl ich dort normalerweise nie Arbeitsbesuche empfang.“ Castillo fragte, was die Leute denn pflanzen wollten. Koka, sagten die Bauern. „Wie bitte?, habe ich gefragt. Sie antworteten mir: Man habe ihnen gesagt, sie dürften das jetzt wieder tun.“

Deshalb ist Castillos Angst wieder da. „Mehr Koka-Anbau, das bedeutet

noch mehr Abholzung. Noch mehr Drogenhandel. Noch mehr Gewalt. Und wir dachten, es sei endlich vorbei.“

In allen Umfragen vor dem 2. Oktober lag das „Si“-Lager weit vorne. Doch die Anhänger des Abkommens zwischen Regierung und Farc verloren denkbar knapp. Nur dreizehn von 35 Millionen Wahlberechtigten, umgerechnet 37 Prozent, gaben überhaupt ihre Stimme ab. Das „No“ gewann mit weniger als 54000 Stimmen, umgerechnet 0,43 Prozentpunkten Vorsprung.

Als das Ergebnis bekannt wurde, herrschte Fassungslosigkeit, in Kolumbien wie im Ausland. Nicht einmal die Verfechter des „No“ schienen mit ihrem Sieg gerechnet zu haben. Wie konnte ein Volk gegen einen Friedensvertrag stimmen? Und warum gaben so viele ihre Stimme in einer so wichtigen Angelegenheit überhaupt nicht ab?

Überall im Land hatte die Regierung für ihr Abkommen geworben. Aber dem „No“-Lager war es ganz offensichtlich gelungen, seine Anhänger stärker zu mobilisieren. Viele Kolumbianer ließen sich überzeugen, dass die ehemaligen Guerilleros härter für ihre Taten bestraft werden müssten. Vielen passte es nicht, dass die Kämpfer Geld für eine leichtere Rückkehr in die Zivilisation erhalten sollten. Sie ärgerten sich darüber, dass der Farc, den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens, eine feste Vertretung im Parlament zugesichert werden sollte – und über das in ihren Augen allzu selbstbewusste Auftreten der Guerilla vor dem Referendum.

Zwei Präsidenten, eine Elite

Hinzu kamen weltanschauliche Fragen. Besonders heftig tobte der Streit darüber, ob Liebes- und Lebensformen jenseits der heterosexuellen Norm – also Transgender, Homo- und Bisexualität – von den kolumbianischen Schulen als gleichwertig akzeptiert werden sollten. Ja, sagten die einen. Diese Minderheiten vor Diskriminierung zu schützen, sei überfällig. Die anderen empörten sich, weil sie das christliche Familienleben in Gefahr sahen. Zu Tausenden gingen sie im Sommer 2016 auf die Straße.

Zwar hatte die schulpolitische Debatte mit dem Friedensprozess rein gar nichts zu tun, aber das „No“-Lager nutzte sie geschickt für seine Zwecke. Seine Vertreter behaupteten immer wieder, das Friedensabkommen zwingen den Schulen eine „Gender-Ideologie“ auf und verführe die Kinder zu sündhaftem Leben. Am Ende glaubten ihnen wohl viele.

Kolumbien ist tief gespalten. Nicht nur in politischen Fragen steckt es voller Gegensätze. Es sei nicht ein Land, sondern viele verschiedene Länder, sagt Moisés Medrano, Director de Poblaciones im Kultusministerium. Seine Abteilung kümmert sich um die Interessen der vielen nichtweißen Bevölkerungsgruppen Kolumbiens, etwa der Afrokolumbianer und der Indigenen. Sie hat den Friedensvertrag in die wichtigsten Sprachen der Ureinwohner übersetzt. Die Idee: Alle sollten mit einbezogen werden.

Es hat nicht gereicht. „Die vielen Länder Kolumbiens“, sagt Medrano, „sind wie Schichten, die sich im Territorium übereinanderschichten. Sie denken unterschiedlich. Sie handeln unterschiedlich.“ Nur ein Beispiel: Die kapitalistische Verwertungslogik,

von der sich die städtischen Eliten leiten lassen, ist für viele indigene Gemeinschaften überhaupt kein relevanter Maßstab. Sie haben ihre heiligen Orte, die verehrt, aber keinesfalls wirtschaftlich genutzt werden dürfen. Dafür fehlt vielen Weißen das Verständnis. Sie haben die Macht – die Indigenen fordern trotzdem ihr Recht ein, nach eigenen Regeln zu leben.

Medrano sagt, es sei die Aufgabe des Präsidenten, die unterschiedlichen Strömungen zu einen. Das ist Juan Manuel Santos, der für seine Bemühungen um einen Friedensvertrag dieses Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, in diesem Referendum nicht gelungen. Selbst der neue Friedensvertrag, der die Kritik des „No“-Lagers in fast allen Punkten aufgriff und inzwischen von Senat und Parlament angenommen, brachte keine Annäherung der unterschiedlichen Lager. Die Politiker des „No“, angeführt vom ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe, lehnen auch das neue Abkommen ab.

Der Präsident ist selbst Teil der Spaltung Kolumbiens, ebenso wie sein Widersacher Uribe. Sie gehören beide zur Elite. Uribe kommt aus Medellín. Sein Vater, ein wohlhabender Viehzüchter, wurde unter ungeklärten Umständen ermordet. Der Sohn gibt der Farc die Schuld an der Tat. Er betreibt Politik für die Interessen der Großgrundbesitzer – und findet eine Versöhnung mit der Guerilla inakzeptabel.

Kolumbiens Präsident Santos hingegen stammt aus einer Familie, die seit Generationen Teil der einflussreichen Elite Bogotá ist. Sein Großonkel Eduardo war Präsident des Landes, außerdem besaß er die wichtige Tageszeitung „El Tiempo“. Eduardos Neffe Enrique, der Vater des heutigen Präsidenten, war mehr als fünfzig Jahre lang Herausgeber der Zeitung. Juan Manuel Santos selbst besuchte die Marine-Akademie in Cartagena. Er studierte an der London School of Economics und in Harvard, erwarb Master-Abschlüsse in Jura, Volks- und Betriebswirtschaftslehre, Diplomatie und Journalismus. Er hatte Startbedingungen, von denen die armen Campesinos auf dem Land oder die Vertriebenen in den Slums der Städte nicht einmal träumen können.

Das Land ist nicht die Stadt

Die Unterschiede zwischen Arm und Reich sind riesig. An sich ist Kolumbien kein armes Land. Aus Sicht der Weltbank gehört es gar zur gehobenen mittleren Einkommensklasse. Die Zahl der Armen sinkt seit Jahren. Aber immer noch leben rund 28 Prozent der Kolumbianer unterhalb der nationalen Armutsschwelle. Dreizehn Prozent, umgerechnet mehr als sechs Millionen Kolumbianer, müssen mit weniger als 3,10 Dollar pro Tag auskommen; etwa die Hälfte davon sogar mit weniger als 1,90 Dollar. Im Zentrum Bogotá's reicht das nicht einmal für ein warmes Mittagessen.

Nur in wenigen Ländern Lateinamerikas ist die wirtschaftliche Ungleichheit größer als hier. Das ärmste Fünftel der Bevölkerung verfügt über nur drei Prozent der Einkommen, das reichste Fünftel über 58 Prozent. Aufstiegschancen für die Armen gibt es kaum: Nur mit sehr →

→ viel Glück erhalten ihre Kinder Zugang zu vernünftigen Schulen. Nur drei von tausend Kolumbianern seien überhaupt in der Lage, kritisch zu lesen, schrieb die Zeitschrift „Semana“ nach dem Referendum. „Ein (solches) Land bewegt sich nicht durch Ideen, sondern durch primäre Emotionen wie Angst, Wut oder Rache.“

Bislang aber zeigten die Herrschenden kein großes Interesse daran, die Verhältnisse zu ändern – womöglich ist das ein Grund für die hohe Wahlenthaltung beim Referendum. Die Sozialpolitik ist minimalistisch, die Wirtschaftspolitik sehr liberal. Juan Manuel Santos will das Land mit Hilfe ausländischer Investoren entwickeln. Sie sollen ihr Kapital nach Kolumbien bringen, damit dort Schlüsselsektoren wie der Bergbau oder die Landwirtschaft expandieren. Der Präsident wünscht sich Betriebe, die in großem Maßstab produzieren, kapitalintensiv und möglichst effizient. Sein Ideal ist ein Wirtschaftsmodell, von dem, würde es noch stärker ausgebaut, vor allem er und seinesgleichen profitierten – das aber wegen seiner sozialen und ökologischen Folgen sehr umstritten ist.

In der Guajira kann man besichtigen, was das bedeutet. Das Departement befindet sich im äußersten Nordosten Kolumbiens, nahe der Grenze zu Venezuela. Es ist das Territorium der Wayúu, der größten indigenen Gemeinschaft des Landes – und eine Halbwüste, trocken, heiß und windig. Hier wachsen nur graue, krumme Bäume und mageres Gestrüpp, an dem sich die dünnen Ziegen der Wayúu göttlich tun.

Der Wind der Guajira bläst so stark und beständig, dass er den Staub auch in die winzigste Ritze treibt. Nach ein paar Stunden im Freien stecken die Körner überall: in den Kleidern, den Haaren, zwischen den Zehen; in Mund und Nase, in Magen und Lunge vermutlich auch. Man kann sie nicht abwaschen, denn außerhalb der größeren Siedlungen gibt es in der Guajira kein fließendes Wasser. Die Brunnen sind weit, ihr Wasser oft brackig. Es gibt auch keine Toiletten, weshalb der Staub alle möglichen Keime mit sich trägt. Kein Wunder, dass viele Wayúu an Atemwegsinfektionen leiden und in den vergangenen Jahren zahlreiche Kinder an Wassermangel, Unterernährung und den damit verbundenen Krankheiten gestorben sind.

Viel Kohle, dennoch arm

Javier Rojas Uriana ist ein Wayúu. Die Guajira ist seine Heimat, und er kämpft für das Recht seines Volkes auf ausreichend Trinkwasser. Dafür zieht Rojas Uriana vor Gericht, er twittert und spricht mit Journalisten. Zwar schickt die Nationalregierung Hilfe in die Guajira, aber die Korruption ist so schlimm, dass bei den Bedürftigen davon kaum etwas ankommt. „Sie stehlen das Geld, das allen gehört, lassen nichts übrig, gründen ihre eigenen Hilfsorganisationen“, sagt Rojas Uriana über die lokalen Politiker. „Sie manipulieren den Hunger, den Durst und die Gesundheit. Alles für Wählerstimmen. Das ist ihnen wichtiger als das Leben selbst.“ Weil der junge Wayúu-Anführer in seinem Kampf nicht nachlässt, wird er bedroht. Ohne seine beiden Leibwächter geht er nicht mehr aus dem Haus.

Das Paradoxe dabei ist: Es gibt Wasser in der Guajira. Zum Beispiel reichlich Wasser in einem Stausee, der vor Jahren gebaut

wurde, angeblich um eine bessere Versorgung der Bewohner zu erreichen – bis heute ist nicht klar, ob dieses Wasser genutzt wird und, wenn ja, wofür. Oder Wasser für den Betrieb der Steinkohletagebaue, die so groß sind wie nirgendwo sonst in Lateinamerika und deren Drainagesysteme den Grundwasserhaushalt der Gegend noch mehr durcheinanderbringen.

Aus der Sicht der Regierung von Juan Manuel Santos ist der Kohlebergbau eine „wirtschaftliche Lokomotive“, deren Interessen die Politik nicht ignorieren kann. Die Kohle geht in den Export; sie soll Devisen bringen und Entwicklung. Doch den Leuten in der Guajira brachte sie vor allem Umweltschäden und soziale Konflikte. Seit Jahrzehnten wird hier Kohle abgebaut. Die Guajira ist eines der ärmsten Departements Kolumbiens geblieben.

Der Streit über Wasser, Kohle und andere Ressourcen wird auch mit Gewalt ausgetragen. Nicht nur Javier Rojas Uriana wird bedroht. Kritische Gewerkschafter müssen ebenfalls um ihr Leben fürchten. Manche wurden ermordet. Andere bringen ihre Familien im Ausland in Sicherheit. Die Justiz bestraft die Verbrechen fast nie.

Die ewige Violencia

Das ist typisch für Kolumbien. Gewalt ist Alltag, seit es das Land gibt. 1886 entstand die Republik. Nur dreizehn Jahre danach begann der Krieg der tausend Tage, in dem 100 000 Menschen starben. 1928 massakrierte die Armee streikende Bananenarbeiter. 1948 brachen in Bogotá schwere Straßenkämpfe aus, nachdem der Präsidentschaftskandidat Jorge Eliécer Gaitán ermordet worden war. In den darauffolgenden Jahren der *Violencia* kamen 300 000 Menschen ums Leben, und nur wenig später gründeten sich die Farc und andere Guerillabewegungen. Seither bekämpfen sich Guerilla, Paramilitärs, Drogenkartelle, kriminelle Banden und die Armee. Menschenrechtsverletzungen begingen sie alle. Gab es Wahlen, schüchterten die Bewaffneten in der Vergangenheit oft die Leute ein. Auch deshalb gaben viele ihre Stimme nun nicht mehr ab.

Der Staat ist in manchen Teilen des Landes bis heute nicht präsent. Dort gibt es keine Straßen, keine medizinische Versorgung, keine Schulen, kein Trinkwasser. Für Ordnung sorgen illegale bewaffnete Gruppen. Wer in solchen Gegenden lebt, lernt früh, sich nur auf sich selbst zu verlassen und sich notfalls auch gewaltsam vor Übergriffen zu schützen.

Die Campesinos auf dem Land kennen den Krieg genau. Schließlich waren sie es, die ihr Land verloren und vertrieben oder vergewaltigt wurden. Sie trugen Angehörige, Nachbarn und Freunde zu Grabe. Sie mussten hinnehmen, dass ihre Kinder von der Guerilla rekrutiert wurden und ihnen nahestehende Menschen spurlos verschwanden. Sie wurden von allen Seiten terrorisiert – von den rechten Paramilitärs, den linken Guerillas, von kriminellen Drogenbanden, und oft wussten sie nicht einmal, wer die Mörder waren.

Es waren die Armen, die in diesem Krieg starben, nicht die Reichen. In den Städten hingegen gibt es Familien, die vom Konflikt kaum behelligt wurden. Von den Massakern erfuhren sie aus den Nachrichten, als seien es Ereignisse aus einem weit entfernten Land. Die Opfer des Kriegs for-

dern schon lange ein Ende des Blutvergießens. „Wir haben zu viel gelitten“, sagen sie im Putumayo. „Das muss aufhören, egal wie.“ Einzelne Bischöfe – aus Cali, aus Buenaventura, aus dem Chocó – stellten sich vor dem Referendum auf ihre Seite und warben für den Friedensvertrag. Der Papst kündigte an, im Jahr 2017 Kolumbien zu besuchen, falls die Bürger dem Abkommen zustimmten. Die katholische Bischofskonferenz hingegen verhielt sich neutral. Sie forderte die Gläubigen lediglich auf, informiert und im Einklang mit ihrem Gewissen abzustimmen.

Das „Si“ gewann vor allem in ländlichen Departements, die besonders unter dem Konflikt gelitten hatten. Im Putumayo bekam es fast zwei Drittel der Stimmen, in der Guajira 61 Prozent. Am stärksten war die Zustimmung für den Friedensvertrag im Chocó, einem von der Zentralregierung vernachlässigten, schwer zugänglichen, vom Krieg besonders geplagten Departement an der Pazifikküste. Achtzig Prozent votierten dort mit „Si“. In Bojayá, einem Ort im Chocó, der vor vierzehn Jahren wegen eines Massakers zu trauriger Berühmtheit kam, waren es gar 96 Prozent. „Wir, die Opfer von Bojayá, haben die Unbarmherzigkeit des Krieges erlitten, und deshalb haben wir mit Ja für den Frieden gestimmt“, sagte ein Überlebender nach dem Referendum. Alle, die mit Nein gestimmt hätten, seien an den Opfern schuldig geworden. Der Sieg des „No“ werde weitere Menschenleben „unter der Bevölkerung wie der unsrigen“ fordern. „Es ist nicht gerecht, dass die Verweigerer durch ihre Wahl unsere Leben und unseren Tod beeinflussen können, während wir keinen Einfluss auf die Politik haben, die sie betrifft.“

Nach dem gescheiterten Referendum war das Land in Aufruhr. Die Kolumbianer gingen für den Frieden auf die Straße, so als hätten sie erst durch das Ergebnis der Abstimmung gemerkt, wie fragil die Lage ist. Sie demonstrierten mit Kerzen, mit Blumen, in Weiß gekleidet, schweigend. Sie hörten nicht auf, einen Friedensvertrag zu verlangen – und zwar sofort: „Acuerdo YA!“ Auch die katholischen Bischöfe drängten nun auf eine schnelle Einigung. Luis Augusto Castro Quiroga, der Vorsitzende der Bischofskonferenz, forderte die Gläubigen auf, für den Frieden zu beten.

Mit Argumenten statt mit Waffen

In Bogotá zelteten Friedensaktivisten wochenlang auf der Plaza Bolívar, dem wichtigsten Platz der Stadt. Deissy Perilla, eine junge Anthropologin, war unter den – nach Perillas Angaben – etwa 250 Personen, die dort kampierten: Studenten, Künstler, Kirchenleute, Lehrer, Bauern, Überlebende; Erwachsene jedes Alters. Sie erhielten Besuch aus allen Teilen des Landes, und viele Leute unterstützten die Aktivisten mit Spenden. „Wir sind wie eine Uhr im Zentrum der Macht“, sagte Perilla damals. „Wir erinnern ständig an die Minuten, Stunden und Tage, die ohne einen Friedensvertrag vergehen. Und wir gehen nicht weg, bevor nicht ein Friedensvertrag beschlossen wurde und der endgültige bilaterale Waffenstillstand garantiert ist.“

Auch nachdem die Regierung und Farc sich Mitte November auf ein korrigiertes Abkommen geeinigt hatten, wollte eine Mehrheit der Aktivisten die Mahnwache

weiterführen – um den Druck aufrechtzuerhalten und über die Umsetzung des neuen Vertrags zu wachen. Doch in der Nacht des 19. November räumten Spezialkräfte der Polizei auf Anordnung der Stadtverwaltung die Plaza Bolívar gewaltsam.

Der neue Friedensvertrag berücksichtigt viele Forderungen des „No“-Lagers. Er sieht vor, dass die Guerilleros sich stärker an der Entschädigung der Kriegsgesopfe beteiligen, und er regelt die Übergangsjustiz strenger, die ihre Verbrechen verfolgt. Genau wie die erste Version des Abkommens garantiert er der Farc aber politische Beteiligung im Parlament. Genau darum geht es schließlich: Die Guerilla soll in Zukunft mit Argumenten kämpfen statt mit Waffen.

Das „No“-Lager stimmte auch diesem Vertrag nicht zu. Seine Vertreter boykottierten Anfang Dezember die Abstimmung im Parlament. Die Mehrheit der anwesenden Abgeordneten aber billigte das neue Abkommen, während draußen auf der Plaza Bolívar Deissy Perilla und ihre Freunde mit bunten Regenschirmen demonstrierten.

„Wir dürfen nicht müde werden!“

Jetzt ist das Abkommen rechtskräftig – doch ein Stück Papier alleine bringt noch keinen Frieden. Während im Putumayo die Drogenwirtschaft aufblüht, erfahren in anderen Regionen der illegale Bergbau und Waldrodungen einen Aufschwung. Auf dem Land sei es sehr schwer, Dinge legal zu produzieren und zu vermarkten, sagt die Umweltschützerin Claudia Castillo. „Die Straßen sind in schlechtem Zustand. Geräte und Vorprodukte kosten viel Geld.“ Geld, das viele nicht haben. Die Politik aber lasse nicht erkennen, wie sie die Probleme ändern wolle, sagt Castillo. „So gesehen, haben wir immer noch die Verhältnisse, die vor sechzig Jahren zum Entstehen der Guerilla führten.“

Zugleich jagen illegale bewaffnete Gruppen dort, wo das Zentrum des Landes weit weg ist, den Leuten wieder Angst ein. In den vergangenen Wochen nahm die Zahl der Morde an lokalen Führungspersönlichkeiten und Friedensaktivisten zu. Statt Frieden scheint das Abkommen zwischen Farc und Regierung zunächst neue Unsicherheit zu bringen. Denn wenn die Guerilla sich jetzt zurückzieht, entsteht ein Machtvakuum, das andere illegale Akteure besetzen wollen: Paramilitärs, die offiziell schon vor Jahren ihre Waffen niederlegten, aber unter anderem Etikett weitermachten, kriminelle Banden oder einfach Farc-Kämpfer, die sich der Demobilisierung nicht anschließen wollen.

Auf dem Land spüre sie viel Misstrauen gegenüber dem Friedensvertrag, sagt Castillo. Aber sie habe Hoffnung, „dass die internationalen Beobachter dafür sorgen, dass die Zusagen aus dem Friedensabkommen tatsächlich umgesetzt werden“, damit auch die arme Landbevölkerung künftig in Sicherheit leben und legal ein Auskommen finden könne. Ob es so kommt, hängt wohl davon ab, wie ernst die Politiker aus der städtischen Elite – und der Elite der Farc – ihre Versprechen nehmen.

In Bogotá will Deissy Perilla unterdessen den Druck auf die Politiker aufrechterhalten. „Wir dürfen nicht müde werden!“, appelliert sie an ihre Kameraden aus dem Friedenscamp. „Lasst uns zusammenstehen. Der Weg ist noch lang.“ ←